

„Wegen ein paar lumpiger Euro“

Diakonie-Mitarbeiter protestieren mit einer Fahrrad-Demo gegen Einschnitte bei den Beratungsstellen – Ehrenamt sei kein Ersatz

VON VOLKER ENDRES

100 Mitarbeiter des Diakonischen Werks Pfalz haben gestern mit einem Fahrrad-Corso durch die Stadt für den Erhalt der Beratungsdienste in Ludwigshafen demonstriert. „Wir protestieren gegen den Beschluss, die Ehe-, Familien- und Lebensberatung zu schließen und wollen zumindest die anderen Angebote erhalten“, erklärte Organisator Michael Kromberg von der Mitarbeitervertretung (MAV).

„Für das Mehrgenerationenhaus sieht es aus unserer Sicht nicht schlecht aus, aber um die Suchtberatung werden wir noch heftig kämpfen“, sagte Kromberg zu den Verhandlungen. Auch deshalb hätte die MAV zur „aktiven Mittagspause“ eingeladen und zog vom Berliner Platz zum Haus der Diakonie (Falkenstraße, Hemshof). Kromberg: „Öffentlichkeitsarbeit erhöht die Chance für den Erhalt.“

„Von einer Schließung wären nicht nur die Mitarbeiter betroffen, sondern auch die Ludwigshafener, denen eine Anlaufstelle und damit die Hoffnung genommen wird“, argumentierte Klaus Schwarz, Vorsitzender des Gesamtausschusses aller MAV in der Pfalz. „Rennstrecken werden subventioniert, aber Beratungsangebote wegen ein paar lumpiger Euro eingestellt.“ Er rief deshalb nicht nur die Diakonie-Mitarbeiter zum Protest auf. „In ganz Europa gehen die Menschen wegen des Sozialabbaus auf die Straße – und jetzt auch in Ludwigshafen“, freute er sich und forderte alle Teilnehmer auf: „Der Kampf muss weitergehen.“ Immerhin waren mit rund 100 Teilnehmern doppelt so viele gekommen, wie die MAV ursprünglich erwartet hatte. Schwarz forderte in seinen Parolen eine Reichensteuer zur Finanzierung der Diakonie.

So weit wollte Professor Thomas Wagner, Dozent im Fachbereich Sozial- und Gesundheitswesen der Hoch-



Start der Drahtesel-Demo war gestern am Berliner Platz.

FOTO: KUNZ

schule Ludwigshafen nicht gehen. Er sieht die professionelle Sozialarbeit vor allem durch die beschlossenen Schuldenbremsen gefährdet. „Viele Lehrende an der Hochschule betrachten diese Entwicklung mit großer Sor-

ge“, berichtete er. Professionelle Sozialarbeit könne nicht ersetzt werden. „Die Professionalisierung wurde schließlich eingeführt, weil das ehrenamtliche Modell gescheitert war“, sagte er auf dem Lutherplatz.

Von dort zogen die Demonstranten weiter auf den Europaplatz, wo Sozialarbeiter Burkhard Tomm-Bub an die Verantwortung der öffentlichen Hand erinnerte. „Ein stabiles und zumindest ausreichendes Netz an qualifizierten Beratungsstellen ist unverzichtbar, um Leben zu retten.“ Ansonsten drohe eine steigende Anzahl psychischer Erkrankungen, eine steigende Kriminalität und letztlich sogar eine erhöhte Selbstmordrate. „Eine Investition in die Beratungsstellen ist eine Investition in die Zukunft von Menschen“, erklärte er.

Zur Abschlusskundgebung vor dem Haus der Diakonie erinnerte Kromberg die Kirche an ihre Verantwortung für die Sozialarbeit. „Darüber werden Kirchen auch wahrgenommen, und daraus kann man sich nicht alleine aus finanziellen Gründen zurückziehen.“ Das endgültige Konzept für den Umbau will der Hauptausschuss den Diakonie-Mitarbeitern Ende September präsentieren.